

**Erkenntnisse aus Schuleingangsuntersuchungen für mehr Bildungsgerechtigkeit und eine stärkere Förderung der Kindergesundheit nutzen Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 20/3297 Daten nachhaltig nutzen – Chancen der Kinder verbessern Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 20/3353**

**Stellungnahme des Fachausschusses KJGD im BVÖGD e.V.**

Der Öffentliche Gesundheitsdienst ist ein wesentlicher Akteur zur Sicherstellung der Daseinsfürsorge, besonders für Kinder und Jugendliche. Der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst (KJGD) nimmt eine zentrale Schlüsselstelle innerhalb des Öffentlichen Gesundheitsdienstes an der Schnittstelle Gesundheit und Bildung wahr. So hat sich die ärztliche Tätigkeit im KJGD längst zu einem spezifischen, sozialpädiatrisch ausgerichteten Schwerpunkt innerhalb der Kinderheilkunde entwickelt, da die gesamte Bandbreite kindlicher Entwicklung, diverser Beeinträchtigungen, Behinderungen und Erkrankungen mit Auswirkungen auf Kita und Schule adressiert ist. Die Arbeit in den KJGDs wurden in den letzten Jahrzehnten bundesweit zunehmend methodisch standardisiert und konsekutiv entsprechend der gesellschaftlichen Notwendigkeiten ausgebaut – mit länderspezifischen Varianten. Mit den Schuleingangsuntersuchungen durch Fachärztinnen und -ärzte des KJGD werden sozialkompensatorische, individualmedizinische, bevölkerungsmedizinische, betriebsmedizinische sowie präventive Bereiche erfüllt - frei von kommerziellen Interessen. Durch Beratung der Familien kann der Zugang zu niederschwelligen Hilfesystemen unterstützt sowie in das SGB V System vermittelt werden. Mit seiner umfassenden und detaillierten Kenntnis der lokalen sozialraum-bezogenen Lebensbedingungen, seiner Systemkenntnis im Sozialrecht, Schulrecht und medizinischer Versorgung ist der KJGD ein unentbehrlicher Partner in der kommunalen und landesweiten gesundheitlichen Versorgung, Prävention und Gesundheitsförderung der Bevölkerung – früh in der Kindheit ansetzend.

In den zur Stellungnahme vorgelegten Anträgen wird eine hohe Anerkennung der Schuleingangsuntersuchungen (SEU) durch den KJGD zum Ausdruck gebracht. Die flächendeckende Durchführung und die daraus resultierenden Gesundheitsdaten stellen ein hohes Gut dar. Diese Daten ermöglichen eine kommunale Steuerungsfunktion, nicht nur im Hinblick auf individuelle, sondern insbesondere für kommunale und planerische Konsequenzen. Diese gilt es perspektivisch zu nutzen durch eine adäquate jährliche Auswertung der Gesundheitsdaten auf allen Ebenen (Kommune, Land und Bund).

Die SEU und insbesondere das Screening des Entwicklungsstandes zum Schulbeginn (SOPESS, welches in vielen Bundesländern durchgeführt wird – auch in Schleswig-Holstein) wurde für eine optimierte Anwendbarkeit sowohl des nichtärztlichen Fachpersonals, als auch des ärztlichen Personals standardisiert und evaluiert. Es ist auf die Altersgruppe der Schulanfänger\*innen ausgerichtet und umfasst schulische Vorläuferfähigkeiten sowie die Kompetenzen auf die Belastungen des Schulalltags u.a. bezüglich Konzentration und Wahrnehmungsverarbeitung. Zudem ist die ärztliche körperliche Untersuchung bezüglich (chronischer) Erkrankungen relevant. Die besonderen Begebenheiten mit Kenntnissen der Bedingungen von Kita und Schule vor Ort sind für die ärztliche Beratung von Eltern und Schule für das einzelne Kind und dessen Schullaufbahn mit möglichen Förderbedarfen entscheidend.

### Unsere Empfehlung:

Ein landeseinheitlicher Untersuchungsstandard der SEU ist notwendig, um gleiche Rahmenbedingungen im Bundesland zu schaffen. Ziel ist es, qualitativ gleichwertige Untersuchungen der Einschüler: innen sicher zu stellen sowie vergleichbare statistische SEU-Ergebnisse zu erzielen. Dabei ist die Einbeziehung der Fachlichkeit des KJGD auf Landesebene notwendig. **Allen Kindern** sollte eine **ärztliche Untersuchung und Entwicklungsdiagnostik im Rahmen der SEU** ermöglicht werden, so dass eine sozialpädiatrische Beratung von Eltern und Schulleitung erfolgen kann. Nur bei einer landesweit standardisierten (und akzeptierten) SEU kann sie ihre Wirkung sowohl in der medizinisch-pädagogischen Wertigkeit (für das Kind, die Familie, die KiTa und die Schule) als auch in der politischen Handlungsbegründung und Entscheidungsfindung entfalten.

Die SEU ist die einzige flächendeckende verpflichtende Querschnittsuntersuchung aller Kinder eines Jahrgangs mit Erhebung und Erfassung der Gesundheitsdaten, inklusive Diagnostik der zentralen und peripheren Seh- und Hörfähigkeit sowie der kindlichen Entwicklung bezüglich schulischer Vorläuferfähigkeiten, sowie Erhebung von Durchimpfungsraten, Teilnahmeraten an den U's und weiterer Entwicklungsparameter aller Kinder.

Diese Gesundheitsdaten sind von unschätzbarem Wert und sollten jährlich kleinräumig sowie auf Landesebene ausgewertet werden, so dass die daraus resultierenden Erkenntnisse für Sozial- und Jugendhilfeplanung zur optimalen Ressourcensteuerung in der Kommune genutzt werden können. Es können daraus gezielte Maßnahmen zur passgenauen Gesundheitsförderung und Prävention abgeleitet werden – sicherlich mit Betonung der Quartiere, in denen besonders viele benachteiligte Kinder leben. Damit leistet die SEU einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Bildungsgerechtigkeit bzw. Reduktion der Chancenungleichheit.

Unter Einbeziehung der Fachberatungen der Kitas einschließlich der Kenntnisse der Erzieher\*innen vor Ort lassen sich die Schwerpunkte einer möglichst frühen, pädagogischen Entwicklungsförderung bereits für den U3 Bereich, aber insbesondere für die Kindertagesstätten festlegen.

Alle Kinder haben das Recht auf ärztliche Krankheitsfrüherkennungsuntersuchungen (sogenannte U-Untersuchungen bzw. die J1). Das Recht auf eine verpflichtende ärztliche Schuleingangsuntersuchung sollte ebenso gesichert werden – auch im Sinne des Kinderschutzes.

Die Landesregierung von Schleswig-Holstein wird gebeten, weiterhin die gesetzlichen Grundlagen der auch ärztlichen flächendeckenden Schuleingangsuntersuchung sicher zu stellen und die Kommunen bei der ausreichenden Personalgewinnung zu unterstützen.

Gez.



Dr. Claudia Korebrits, Gesundheitsamt Stadt Leipzig

Sprecherin des Fachausschusses KJGD im BVÖGD